

Professor Dr. Axel A. Weber
Präsident
der Deutschen Bundesbank

Aktuelle Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik

Vortrag beim Treffen der Finanz- und Wirtschaftspolitiker
der FDP-Bundestagsfraktion
in Löningen
am Donnerstag, 3. Mai 2007

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 11

Inhalt

1	Begrüßung	2
2	Die wirtschaftliche Lage Deutschlands	3
	2.1 Bestandsaufnahme	3
	2.2 Ausblick	4
3	Zur europäischen Geldpolitik	6
4	Fortbestehende Herausforderungen	7
5	Fazit	11

1 Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich freue mich, wieder Ihr Gast zu sein und mit Ihnen über die wirtschaftlichen Aussichten Deutschlands zu diskutieren.

Im März letzten Jahres – damals in Magdeburg – haben wir uns schon einmal zum gleichen Thema unterhalten. Mein damaliger Ausblick aufs Jahr 2006 war verhalten zuversichtlich, unter anderem aufgrund der seinerzeit bereits guten Auftragslage der Industrie und eines guten Geschäftsklimas.

In der Zwischenzeit wissen wir, dass diese Zuversicht gerechtfertigt war. Mehr noch: Deutschlands starke wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahr hat viele (auch mich) sehr positiv überrascht. Lassen Sie mich gleich direkt ins Thema einsteigen, damit wir nach meinem einleitenden Überblick genug Zeit für die Diskussion haben.

2 Die wirtschaftliche Lage Deutschlands

2.1 Bestandsaufnahme

Die deutsche Wirtschaft ist im abgelaufenen Jahr mehr und mehr zum europäischen Konjunkturmotor geworden. 2006 wuchs das deutsche Bruttoinlandsprodukt real um 2,7% (kalenderbereinigt: +2,9%) verglichen mit 0,9% im Jahr 2005. Damit wuchs die Wirtschaft so stark wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr, als sie um 3,2% zulegen.

Wachstumsimpulse kamen sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland. Auffällig im Jahr 2006 und im Gegensatz zur Entwicklung in den beiden Jahren zuvor war, dass die inländische Verwendung einen größeren Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts lieferte als der Außenbeitrag (die Nettoexporte). Maßgeblicher Treiber der gestiegenen Inlandsnachfrage war ein kräftiger Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen. Diese legten im Jahr 2006 so stark wie noch nie seit der Wiedervereinigung zu.

Zusätzlich blieb der Außenhandel sehr dynamisch. Konkret hat sich die Wachstumsrate der Im- und Exporte gegenüber dem Vorjahr beinahe verdoppelt. Schließlich zog im abgelaufenen Jahr auch der private Konsum wieder an, nachdem er in den Vorjahren nahezu stagnierte.

Während also der deutsche Konjunkturmotor in der zurückliegenden Staginationsphase erheblich stotterte, da er nur auf dem „Export-Zylinder“ lief, läuft er nun zunehmend rund, da er jetzt zusätzlich durch die Investitions- und die Konsumnachfrage angetrieben wird.

Alles in allem verlief 2006 erheblich besser als von den meisten Auguren vor Jahresfrist erwartet wurde.

So erfreulich der Rückblick ist, die jetzt entscheidende Frage lautet, ob auch der Blick nach vorne hoffen lässt. Ich sage ja, es gibt Grund zur weiteren Zuversicht.

2.2 Ausblick

Angesichts des nun auf breiter Basis stehenden Aufschwungs bestehen gute Chancen, dass das reale Bruttoinlandsprodukt auch in diesem Jahr mit mehr als 2% wächst.

Die Zuversicht für die mittelfristige Zukunft gründet sich maßgeblich auf die drei folgenden Umstände:

Erstens steht die Weltwirtschaft weiterhin unter Dampf. Sie wird 2007 voraussichtlich das fünfte Jahr in Folge oberhalb ihres langfristigen Trends wachsen. Da sich unter anderem ihre Wettbewerbsfähigkeit in Folge der Kostendisziplin der vergangenen Jahre verbessert hat, sind die deutschen Unternehmen gut positioniert, um an dieser Dynamik in vollem Umfang teilzuhaben. Die Exportdynamik bleibt somit eine Triebfeder für den weiteren Aufschwung.

Zweitens ist die deutsche Industriekonjunktur anhaltend robust. Produktion sowie Auftragseingänge in der Industrie liegen weiterhin deutlich über Vor-

jahresniveau, das Geschäftsklima bleibt ausgesprochen gut. Sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen sind weiterhin deutlich im Plus. Als Folge dürfte die Investitionsnachfrage vorerst kräftig bleiben und den Aufschwung stützen. Hinzu kommt, dass die Investitionsnachfrage angesichts hoher Kapazitätsauslastung zunehmend durch das Erweiterungsmotiv gestützt wird.

Drittens dürfte die konjunkturelle Besserung am Arbeitsmarkt vorerst anhalten und den privaten Verbrauch stützen, der gesamtwirtschaftlich von herausragender Bedeutung ist. Auf ihn entfällt in Deutschland knapp 60% des Bruttoinlandsprodukts.

Gute außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen in Verbindung mit einer stärkeren Binnendynamik rechtfertigen folglich die Zuversicht für den weiteren Jahresverlauf. Als Folge ist das Potenzial für einen länger anhaltenden, sich selbst tragenden Aufschwung vorhanden.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist jedoch, dass Finanz- und Wirtschaftspolitik auf Konsolidierungs- bzw. Reformkurs bleiben müssen, gleichzeitig muss die Tarifpolitik ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht werden.

Zur aktuellen Tarifpolitik ist zu betonen, dass diese den zyklisch erhöhten Verteilungsspielraum nicht voll ausschöpfen sollte. Hintergrund ist, dass die Arbeitslosigkeit trotz der Besserung in letzter Zeit weiterhin hoch ist. Gleichzeitig trägt die Lohnmoderation der letzten Jahre Früchte in Form des kräfti-

gen Beschäftigungsaufbaus, eine Entwicklung, die nicht aufs Spiel gesetzt werden darf.

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass der Aufschwung bereits jetzt sehr wohl bei den Arbeitnehmern ankommt – häufig wird das Gegenteil behauptet. So gibt es z.B. heute gut 600.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als vor einem Jahr. Zum regelmäßig vorgebrachten Kaufkraftargument schließlich ist festzuhalten, dass die private Konsumnachfrage stärker auf eine Erhöhung der Beschäftigung als auf höhere Löhne reagiert. Um den Konsum zu stützen muss folglich ein weiterer Beschäftigungsaufbau Priorität haben.

3 Zur europäischen Geldpolitik

Der EZB-Rat begann im Dezember 2005 damit, den Leitzins nach und nach in kleinen Schritten heraufzuschrauben. Das sukzessive Drehen an der Zinsschraube wurde damals von vielen kritisiert. So wurde seinerzeit vorgebracht,...

- das Einleiten der Zinswende gefährde die wirtschaftliche Entwicklung
- die Geldpolitik agiere ohne Rücksicht auf Wachstum und Beschäftigung
- die Zinswende komme verfrüht, der Zinsanstieg verlaufe gar hastig und führe direkt in die nächste Schwächephase.

Die damaligen Kritiker sind heute deutlich leiser, da der EZB-Rat mit seiner Einschätzung einer anhaltenden wirtschaftlichen Erholung und der entsprechenden geldpolitischen Reaktion genau richtig lag. Wie man eindrucksvoll sehen kann, stand das Rückführen der expansiven Geldpolitik einer stabilen, nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung nicht im Wege, im Gegenteil. Hierdurch wird abermals deutlich, dass Geldwertstabilität eine zentrale Voraussetzung nachhaltigen Wirtschaftswachstums ist, nicht etwa ein Hindernis.

Für die Geldpolitik gilt weiterhin, dass sie vorausschauend handeln muss, um frühzeitig Inflationsrisiken entgegenzutreten. Dies ist unter anderem wichtig, um hiermit die Inflationserwartungen dauerhaft auf niedrigem Niveau zu verankern. Stabiles Geld sicherzustellen ist und bleibt der beste Beitrag, den die Zentralbank für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung leisten kann. Geldwertstabilität verstetigt die Erwartungen der privaten Haushalte und Unternehmen, erleichtert somit die effiziente Lenkung volkswirtschaftlicher Ressourcen und mindert die Kosten, die mit Inflation einhergehen.

4 Fortbestehende Herausforderungen

Das aktuelle konjunkturelle Umfeld ist ohne Zweifel sehr erfreulich. Jedoch muss immer wieder eindringlich betont werden, dass kein Raum für Selbstzufriedenheit oder Selbstgefälligkeit besteht.

Weder die Öffentlichkeit noch die Politik dürfen sich nun zurücklehnen und hoffen, der Aufschwung allein werde die über viele Jahre aufgestauten strukturellen Probleme nach und nach schon von alleine lösen. Mit anderen Worten: Die zurzeit leuchtende Konjunktursonne darf nicht zu Hitzefrei auf den weiterhin offenen Reformbaustellen führen.

Maßgeblich sind es zwei Felder, auf denen noch viel zu machen ist, nämlich der Arbeitsmarkt und die öffentlichen Finanzen.

Arbeitsmarkt

Der aktuelle Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist sehr erfreulich, jedoch insgesamt kein Grund zur Entwarnung, da die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch ist.

Hinzu kommt, dass die Arbeitslosigkeit vornehmlich strukturelle und nicht konjunkturelle Ursachen hat. Der Aufschwung wird folglich verschiedenen Gruppen innerhalb der Arbeitslosen kaum helfen, weshalb Arbeitsmarktreformen weiterhin nötig sind.

Eine Problemgruppe bilden insbesondere die geringqualifizierten Arbeitssuchenden. Kardinalproblem hier sind die Kosten auf dem Markt für einfache Arbeit, d.h. konkret Arbeitskosten (Löhne + Lohnzusatzkosten), die die Produktivität der Arbeitssuchenden übersteigen. Die Beschäftigungschancen Geringqualifizierter lassen sich nur dann nachhaltig verbessern, wenn es gelingt, Arbeitskosten und Produktivität dieser Personengruppe wieder in Einklang zu bringen.

Es ist evident, dass geringqualifizierten Arbeitssuchenden mit einem staatlich verordneten Mindestlohn, der ihre Produktivität übersteigt, gerade nicht geholfen wird. In diesem Zusammenhang gilt es immer wieder zu betonen, dass der Lohn zu allererst der Preis für Arbeit ist, der eine Markträumungsfunktion erfüllen soll. Folglich sollten Angebot und Nachfrage die entscheidenden Bestimmungsfaktoren der Lohnbildung sein, nicht etwa Vorstellungen einer „sozial gerechten“ Verteilung. Eingriffe in den Preisbildungsprozess eignen sich grundsätzlich nicht, um verteilungspolitische Ziele zu erreichen.

Um nicht missverstanden zu werden: Ohne jeden Zweifel ist es in verschiedenen Fällen wirtschafts- und sozialpolitisch geboten, auch Verteilungsziele zu verfolgen. Das Verfolgen dieser Ziele soll jedoch den direkten Marktmechanismus weitgehend unberührt lassen.

Daher ist es im konkreten Fall besser, staatlich ein Mindesteinkommen zu garantieren anstatt einen Mindestlohn gesetzlich zu verordnen.

Hierzu ist auch heute schon das Arbeitslosengeld II grundsätzlich geeignet, das ein armutsvermeidendes Mindesteinkommen garantiert, selbst wenn der erzielte Marktlohn das Existenzminimum nicht decken sollte. Das bestehende Instrumentarium zu adjustieren bzw. fortzuentwickeln und gleichzeitig den Arbeitsmarkt weiter zu flexibilisieren, verspricht mehr Erfolg als etwaige Experimente mit staatlichen Mindestlöhnen.

Öffentliche Finanzen

Das öffentliche Defizit ist 2006 auf 1,7% gesunken. Somit wurde die Maastricht-Grenze erstmals wieder seit dem Jahr 2001 eingehalten.

In diesem Jahr ist aufgrund der starken Steuereinnahmen ein Ergebnis von weniger als 1% in Reichweite. Wir halten einen strukturell ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt prinzipiell schon 2008 für möglich, spätestens 2009 jedoch für geboten.

Das Gebot der Stunde ist und bleibt, unbedingt auf Konsolidierungskurs zu bleiben und hierbei den aktuellen Rückenwind stärker nutzen. Die Ankündigung der Politik in Berlin, den strukturellen Haushaltsausgleich im Jahr 2010 zu erreichen, ist vor diesem Hintergrund zu wenig ambitioniert.

Den zentralen Punkt des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts, der eine strukturelle Konsolidierung um jährlich mindestens 0,5 Prozentpunkte fordert, bis das mittelfristige Haushaltsziel erreicht ist, unterstütze ich voll und ganz. Dabei soll in konjunkturell „guten Zeiten“ mehr getan werden.

Politik und Öffentlichkeit dürfen trotz der gegenwärtigen Entspannung nicht vergessen, dass der Weg zu nachhaltig soliden Staatsfinanzen in Deutschland noch weit ist. Raum für finanzpolitische Wohltaten besteht daher nicht.

Eine wirkliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erfordert mehr als bloß das Einhalten des 3%-Kriteriums. Folglich ist die Zielvorstellung des

Stabilitäts- und Wachstumspakts als auch des deutschen Haushaltsgrundsatzgesetzes der mittelfristige Haushaltsausgleich.

Der Haushaltsausgleich ist jedoch nicht nur angesichts des aktuellen Schuldenstands nötig. Zusätzlich gilt es, heute Spielraum für zukünftig noch steigenden Ausgabendruck angesichts der demographischen Entwicklung zu schaffen.

5 Fazit

Die gegenwärtige konjunkturelle Lage ist sehr erfreulich, jedoch bestehen die dringendsten strukturellen Probleme unverändert fort. Folglich gibt es keinen Grund, sich angesichts des Aufschwungs zurückzulehnen und abzuwarten.

Der Konjunkturaufschwung darf weitere Reformbemühungen nicht lähmen oder als überflüssig erscheinen lassen. Im Gegenteil: Es gilt, den Rückenwind des Aufschwungs verstärkt zu nutzen, um wachstumsfördernde Reformen weiter voranzutreiben und die öffentlichen Haushalte beherzt zu sanieren. Ganz wie der revidierte SWP intendiert: Es gilt, die guten Zeiten entschieden zu nutzen, um für schlechtere Zeiten gefeit zu sein.

* * *